93. Jahrgang

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis vierteljährlich 2,70 Mark, Zustellung durch den Briefträger 42 Pf.

Anzeigen, 30 Pf. die Petitzeile, für Auswärtige 35 Pf., werden bis 1/2 10 Uhr vormittags, größere abends zuvor oder bis 8 Uhr vormittags erbeten.

Dienstag, 11. Februar 1919 Nr. 35

Köslinner Zeitung

Allgemeines Pommersches Volksblatt

Inserate nehmen an unsere Geschäftsstelle in Köslin, Poststraße 3 (Fernsprecher Nr. 11, Telegramm-Adresse Hendeß-Köslin), C. Buro in Zanow, R. Heuer in Pollnow, außerdem alle Annoncenexpeditionen.

Die Geschäftsstelle der „Köslinner Zeitung" vermittelt Anzeigen für alle Zeitungen des In- und Auslandes ohne Preisaufschlag.

Für telephonisch aufgegebene Inserate kann Gewähr für fehlerlose Aufnahme nicht übernommen werden.

Annahme der provisorischen Verfassung.

Deutsche Nationalversammlung zu Weimar.

(. Sitzung. Montag, 10. Februar 1919, nachm. 3 Uhr

An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Dr. v. Krause, Schiffer, Dr. Preuß, Dr. Südekum, Hirsch u. a.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Einige Mitglieder des Hauses haben mich gebeten, den wilden Gerüchten über Ereignisse, die angeblich in Leipzig stattgefunden haben, entgegenzutreten. Diese Gerüchte behaupten, daß in Leipzig Aufruhr herrsche, daß dort mit Maschinengewehren geschossen werde, und daß der Oberbürgermeister verhaftet sei, davon ist kein Wort wahr. Tatsache ist, daß die Leipziger Schutzleute und Feuerwehrleute streiken, weil der Stadtrat eine Aufbesserung ihrer Löhne ablehnt. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathaus. — Weitere Kundgebungen und Adressen an die Nationalversammlung sind eingelaufen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und eventuell dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Zur zweiten Lesung ist eine Reihe von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei (Arnstadt und Gen.) und der Unabhängigen Sozialdemokratie (Frau Agnes und Gen.) eingegangen.

Abg. Löbe (Soz.): Nach unserer Auffassung ist die verfassunggebende Nationalversammlung allein souverän. (Beifall.) Nur unter dem Zwang der Verhältnisse, und um den Wiederaufbau des Reiches nicht schwer zu gefährden, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einschränkung dieses Grundsatzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwahren uns aber dahin, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden, und behalten uns für die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit der Entschließung vor. (Beifall bei den Soz., Zuruf der Unabh.: volle Freiheit des Rückzuges).

Abg. v. Payer (Dem.): Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt. Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen. Da die Herstellung gesetzlicher Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine Verfassung schaffen. Meine Freunde erkennen diese Notwendigkeit an, ebenso daß die Februarverfassung sofort in Wirksamkeit treten und darum nur das Notwendigste enthalten solle. Wir behalten uns vor, alle großen Gesichtspunkte und Bedenken, die ein Verfassungswerk von diesem Umfang und von dieser Bedeutung in einem so außerordentlichen Zeitabschnitt aufrollt, die aber bei dem Provisorium aus gewichtigen politischen Erwägungen heraus zurückgestellt werden können und müssen, bei der in kurzer Frist beginnenden Beratung der Verfassung selbst ohne Rücksicht auf unsere heutige Abstimmung geltend zu machen. Unsere feste Zuversicht ist, daß der Versuch gerechter und vernünftiger Ausgleichung über die Schwierigkeiten staatsrechtlicher Formeln und staatsmännischer Erwägungen Herr werden wird. Unser Volk, daß sich aus der Gegenwart durch die Verwirklichung von Zukunftshoffnungen erlösen will, und der Feind, der uns den Frieden grundlos und grausam vorenthält, sie wollen uns trotz der gewaltigen Parteigegensätze der letzten Wochen und Monate bei diesem ernsten Schritt geeint und entschlossen finden. (Lebhafter Beifall). Meine Freunde werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten).

Abg. Dr. Heim (Bay. Volkspartei): Die deutsche Nationalversammlung soll bei der Verabschiedung der endgültigen Reichsverfassung weder an die Zustimmung der Einzelstaaten noch des Staatenausschusses gebunden sein, nicht einmal hinsichtlich des in der bisherigen Reichsverfassung festgesetzten Sonderrechtes der Einzelstaaten. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar so weit, daß der Nationalversammlung die Beseitigung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird. (Zurufe bei den U.-Sz.: Wozu haben wir sonst die Revolution gehabt?) Diesen Weg können die Mitglieder der bayerischen Volkspartei in der Nationalversammlung nicht mitmachen. Wir hegen nach wie vor die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dtsch. Nation. Volksp.): Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schwersten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine gesetzestechnische Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein wird. (Sehr richtig rechts.) Wir verkennen aber nicht, daß wir uns in einem Notstande befinden, und daß nicht nur die innere Lage, sondern ganz besonders der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bevorstehen der Friedensverhandlungen eine schleunige Verabschiedung des Entwurfs gebieterisch erfordern. (Zustimmung.) Unter diesen Umständen sind wir bereit, auf eine Ausschußberatung zu verzichten und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir werden daher unter Zurückstellung unserer grundsätzlichen schweren Bedenken auch für die Vorlage stimmen, wenn ihr vorläufiger Charakter in allen ihren Teilen zweifelsfrei festgestellt wird, so daß ihre Annahme mit unseren Stimmen unserer Stellungsnahme bei der Beratung des endgültigen Entwurfes der Reichsverfassung in keiner Weise vorgreift. Nachdem durch die Verwahrung des Vertreters der süddeutschen Regierungen und durch die darauf ergangene unzweideutige Erklärung der Reichsregierung der vorläufige Charakter der Vorlage in allen ihren einzelnen Punkten ausdrücklich und feierlich anerkannt ist, ziehen wir unsere Anträge zurück und sind bereit, für die Vorlage zu stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Heinze (Deutsche Volkspartei): Wir hegen technisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf, lassen diese Bedenken aber aus politischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustande kommt und schon mit Rücksicht auf die äußere und innere Lage von allen Anträgen ab. Für den vorliegenden Entwurf werden wir stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (U.-Soz.): In der jetzigen Phase der revolutionären Entwickelung muß Rückschau und Umschau gehalten werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann dieser provisorischen Verfassung eine definitive folgen wird. Auch der Volksbeauftragte Ebert sprach davon, daß das deutsche Volk, sobald sein Selbstbestimmungsrecht gesichert ist, auf dem Weg der Gesetzmäßigkeit zurückgekehrt. Staatssekretär Dr. Preuß hat seinerzeit den Entwurf als nicht vollständig bezeichnet. Vergebens aber sieht man sich in dem ganzen Entwurf nach dem Wort „Republik" um. Liegt etwa auch hier ein Kompromiß vor? (Rufe: Freistaat!) (Die Sitzung dauert fort.)

Weimar, 10. Februar. Die Mehrheitsfraktionen einigten sich heute Vormittag dahin, den § 4 der Notverfassung, der durch Anträge abgeändert werden sollte, bestehen zu lassen und die Souveränität der Nationalversammlung nur insoweit einzuschränken, als zu Gebietsänderungen im Reiche die Zustimmung der Bundesstaaten erforderlich ist. Der Vorschlag, die endgültige Verfassung durch einen gemeinsamen Beschluß der deutschen Nationalversammlung und des Staatenausschusses zu verabschieden, wenn keine Einigkeit zustande käme, durch ein Referendum die Entscheidung zu treffen, ist zur Stunde fallen gelassen worden. Damit würde, wie bereits oben angeführt, die Notverfassung unverändert bleiben.

Die bisherige Regierung bleibt vorläufig im Amt.

 # Weimar, 10. Februar. Die provisorische Verfassung ist heute von der Nationalversammlung in 2. und 3. Lesung angenommen und darauf vom Präsidenten Dr. David unterzeichnet worden. Gegen die Annahme der Verfassung stimmten die Unabhängigen und der partikularistische süddeutsche Zentrumsflügel unter Führung von Dr. Heim. — Scheidemann teilte darauf mit, daß die Regierung ihre Aemter zur Verfügung stelle, worauf Abgeordneter Payer im Namen des Hauses der Regierung den Wunsch aussprach, ihre Aemter vorläufig weiter zu versehen. Hiermit erklärte sich Scheidemann einverstanden. Sobald der Reichspräsident gewählt ist, wird dann ein neues Kabinett gebildet werden.

Die Wahl der Präsidenten. Das Kabinett.

Weimar, 11. Februar. („Vossische Ztg.") Die Wahl des provisorischen Präsidenten, die heute erfolgt, bildet zusammen mit der Besetzung der übrigen Regierungsämter ein Kompromiß von Fragen, deren Lösung gestern in den entscheidenden Sitzungen der Fraktionsführer derartig gefördert wurde, daß für heute eine glatte Erledigung der Wahl zu erwarten ist. Die Parteiführer haben sich darüber geeinigt, daß zum provisorischen Präsidenten **Fritz Ebert** gewählt wird und daß an die Spitze des Reichsministeriums ein Sozialdemokrat, also **Scheidemann** tritt. Da das Zentrum den Ehrgeiz hat, eine der drei sogenannten leitenden Stellen zu besetzen, tritt Dr. David zurück und macht den Platz für Herrn **Fehrenbach** frei. Endgültig festgelegt ist auch, daß das Kabinett aus 14 Mitgliedern besteht, 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten, 3 vom Zentrum. Die Personenfragen haben bis jetzt bei den Erörterungen in den Fraktionen keine Rolle gespielt, wenn sie auch unter der Hand besprochen wurden.

Weimar, 11. Februar. („Deutsche Allg. Ztg.") Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß Staatssekretär Erzberger schon heute zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen abreise, bestätigt sich nicht. Die Verhandlungen werden keinesfalls vor dem 15. Februar beginnen.

Der künftige Reichspräsident über die Reichsverfassung.

Weimar, 10. Februar. Der führende Volksbeauftragte Ebert, der in der kommenden Woche von der großen Mehrheit der deutschen Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt werden dürfte, empfing nach Schluß der dritten Sitzung der Nationalversammlung einen Vertreter des „Berl. Tagebl." zu einer Unterredung. Dabei äußerte er sich über die endgültige Reichsverfassung, die dem Parlament bereits in den nächsten Tagen zugehen wird, wie folgt: „Der Entwurf für die endgültige Reichsverfassung, der der Nationalversammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll, wird in diesen Tagen einer letzten Besprechung mit den Bundesstaaten unterzogen, damit eine möglichst einheitliche Arbeit der verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden kann. Daß sich bei diesen Beratungen Schwierigkeiten zeigen, ist selbstverständlich. Das hat gar nichts mit einem unfruchtbaren Partikularismus zu tun, der so recht das Kennzeichen des alten Deutschland war, in dem dynastische Machtinteressen ausschlaggebend waren. Die Bundesstaaten sowohl wie die Reichsregierung sind sich völlig darin einig, daß eine gewisse Einheitlichkeit auf reichswichtigen Gebieten hergestellt werden muß. Das geht natürlich nicht ab, ohne daß von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden; aber die Reichsregierung will nicht unitarisieren und zentralisieren, was irgendwie zu unitarisieren und zentralisieren möglich ist, sondern nur das, was die Not der Zeit einheitlich zu regeln gebietet. Ich bin fest überzeugt, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen ein für beide Teile dankbarer und erfreulicher Weg zu finden sein wird. Das Reich kann und wird die Einzelstaaten nicht vergewaltigen. Es wird vielmehr die durch das alte Regime vielfach erschütterte Freude am Reich auch im Frieden stärken und neubilden.

Die demokratische Grundlage, die heute für Reich und Einzelstaaten unerschütterlich feststeht, wird die Lösung all der schwebenden Fragen sicher erleichtern. Was an Reservatrechten dann den Bundesstaaten noch bleibt, wird aus einer absoluten Lebensnotwendigkeit weiterbestehen müssen, während alles Trennende fallen wird, was nur dynastische oder ähnliche Gründe hatte. In all den bisherigen Verhandlungen, so schwierig sie bisher waren, ist gerade von süddeutscher Seite das Bekenntnis zum Reich aufs allerdeutlichste zum Ausdruck gekommen. Diesen Stempel wird auch der Entwurf tragen, wenn er die bundesstaatliche Durchberatung hinter sich gebracht hat, und die Nationalversammlung wird sicher nicht zögern, als Volksvertretung den Regierungsvertretungen auf diesem Wege zu folgen."

Die Ausschüsse der Nationalversammlung.

Weimar, 9. Februar. (W. T. B.) In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden:

1. Haushaltsausschuß (28 Mitglieder),
2. Wahlprüfungsausschuß (14 Mitglieder),
3. Geschäftsordnungsausschuß (21 Mitglieder),
4. Wirtschaftsausschuß (28 Mitglieder),
5. sozialer Ausschuß (28 Mitglieder),
6. Rechnungsausschuß (14 Mitglieder),
7. Petitionsausschuß (28 Mitglieder).

Partikularismus in Weimar.

Weimar, 10. Februar. In dem Kampf um die Notverfassung scheinen die Vertreter der Einzelstaaten einen Sieg erfochten zu haben. Es handelt sich im wesentlichen um die Bestimmungen des § 4 des Entwurfs, dessen erster Absatz in der Vorlage lautet: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden."

Gegen den zweiten Absatz hatten schließlich alle bundesstaatlichen Regierungen Einspruch erhoben, und man war schon am Freitag darüber einig, daß dieser Satz gestrichen werden müsse. Dagegen hatte sich um den ersten Satz ein förmlicher Kampf zwischen dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung entwickelt. Die Vertreter der Einzelstaaten im jetzigen Staatenausschuß wollten ihre gegenwärtigen und künftigen Regierungen auf keinen Fall bei der Beschlußfassung über die endgültige Reichsverfassung ausgeschaltet wissen, wie es durch den erwähnten ersten Satz des Paragraphen festgelegt worden wäre. Der interfraktionelle Ausschuß dagegen hielt gerade an diesem Satz fest, weil in ihm die Souveränität der Nationalversammlung auch in der Verfassungsfrage klipp und klar zum Ausdruck kam. Die einzelstaatlichen Regierungsvertreter übten dadurch einen Druck aus, daß sie drohten, ihre strikte ablehnende Haltung in einer feierlichen Verwahrung vor der Nationalversammlung zum Ausdruck zu bringen. Nach langen Verhandlungen hat nun die Mehrheit der Nationalversammlung nachgegeben. Wie aus den Fraktionssitzungen verlautet, haben sowohl die Rechtsparteien wie das Zentrum und die Deutsche demokratische Partei, zum Teil freilich nicht ohne lebhaften Widerspruch in ihren eigenen Reihen zu finden, den Verzicht auch auf den ersten Satz des § 4 beschlossen. (!) Ueber die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion steht noch nichts fest, doch nimmt man an, daß auch sie nachgeben und damit die verhältnismäßig glatte Verabschiedung der gesamten Vorlage ermöglichen wird.

Dieser wenig erfreuliche Verlauf der Dinge, der immerhin eine Art von Präjudiz schafft, zeigt, wie notwendig es ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung in Nord- und Süddeutschland sich rühren müssen, um die wichtigste Errungenschaft der Revolution, die Reichseinheit, bei der endgültigen Gestaltung der Reichsverfassung gegen alle Widerstände siegreich zu behaupten.

Die Elsässer und die Fraktionen.

Weimar, 9. Februar. Die Abordnung der Elsaß-Lothringer hat sich, nachdem ihre Verhandlungen mit dem interfraktionellen Ausschuß und der Regierung über die Zulassung zur Nationalversammlung ergebnislos verlaufen waren, am Sonntag an die einzelnen Fraktionen direkt gewandt. In einer Entschließung weist sie auf ihre vergeblichen Bemühungen, die Regierung für ihren Standpunkt zu gewinnen, und fährt dann fort:

„Nach dem Willen der Franzosen und entgegen den Bestimmungen des Wahlgesetzes zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung soll also auch ferner ein großer deutscher Landesteil unvertreten und ungehört bleiben. Gegenüber den vielen tausenden von ausgewiesenen Elsaß-Lothringern, dem im Lande verbleibenden deutsch-gesinnten Teil des elsaß-lothringischen Volkes und nicht minder gegenüber dem Ansehen und der Würde des deutschen Volkes selbst erachten die Vertreter Elsaß-Lothringens es als unabweisbare Pflicht, mit Nachdruck zu betonen, daß die wirklich nationale Angelegenheit nicht weiter, wie es bisher geschah, hinhaltend behandelt werden darf, sondern rasch entschieden werden muß.""

Die Mitglieder der Abordnung bitten daher, ihre Delegation in einer Fraktionssitzung zu hören und im Sinne ihres Antrages Stellung zu nehmen. — Schon ehe die Mitglieder der elsaß-lothringischen Abordnung zu solchen Fraktionssitzungen erscheinen konnten, haben zwei der Fraktionen im Sinne der elsaß-lothringischen Wünsche Beschluß gefaßt. Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag angenommen, der kurz und bündig die Zulassung der Abordnung verlangt. Von Mitgliedern der Deutschdemokratischen Fraktion wird gleichzeitig ein Antrag vorbereitet, der wenigstens den Mitgliedern der Abordnung, die dem Reichstag angehörten, wenn nicht Sitz und Stimme, dann wenigstens die Möglichkeit beratender Teilnahme zubilligen will.

Das „Berl. Tagebl." schreibt zur elsaß-lothringischen Frage:

Die Anwesenheit der elsaß-lothringischen Vertreter, die im Auftrag des elsaß-lothringischen Hilfsbunds nach Weimar gekommen sind, hat zu Kombinationen und Ausdeutungen geführt, die weder im Interesse Elsaß-Lothringens noch im Interesse des Reiches liegen. Wie die Reichsregierung zum Schicksal Elsaß-Lothringens steht, das hat in der Rede ihres Mitgliedes Ebert warmen Ausdruck gefunden. Der Protest des ganzen Volkes ist in der Rede des Nationalversammlungspräsidenten David ausgesprochen worden, ein Protest, der sich gegen die Verstümmelung der Nationalversammlung durch die Verhinderung der Wahlen in Elsaß-Lothringen wandte. In dieser Wahlverhinderung hat sich die beabsichtigte Vergewaltigung der Selbstbestimmung über die künftige Staatszugehörigkeit des Landes schon angekündigt. Regierung und Volk sind sich also einig in der Beurteilung der schmerzlichen Frage. Unabhängig davon ist aber die Stellung der Regierung zu der Frage, ob die 12 elsaß-lothringischen Herren zur Nationalversammlung zugelassen werden können. Es handelt sich hier nicht um formale, sondern um elementare Bedenken. Dreitausend im Reich verstreut lebende Elsaß-Lothringer haben diese 12 Herren nicht gewählt, sondern nominiert. Nach dem Wahlgesetz kam 1 Abgeordneter auf ungefähr 150 000 Wahlberechtigte. Es erscheint völlig unmöglich, die unzweifelhaft reine Demokratie der Nationalversammlung durch irgend welche Zuziehung abzuschwächen. Im Parlament können nur Regierungsvertreter und gewählte Vertreter des Volkes sprechen, jede Konzession würde zu unmöglichen Zuständen führen. Schon melden sich die Kolonialdeutschen und fordern besondere Vertreter. Ebenso die zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die als Vertreter ihrer noch zurückgehaltenen Kameraden zugelassen zu werden wünschen. So wertvoll und allgemein anerkannt alle diese Interessen sind, so unmöglich ist der Weg, sie durch besondere Interessenvertreter dem Arbeitsgebiet der Nationalversammlung anzugliedern. Diese besonderen Interessen vorzubringen und für sie zu sprechen, ist die Aufgabe der Erwählten des Volkes. Keine deutsche Regierung und ganz gewiß nicht das deutsche Volk wird sich der Ehrenpflicht entziehen, gegen die Erdrosselung des Selbstbestimmungsrechts der Elsaß-Lothringer feierliche Verwahrung einzulegen. Hier gibt es keine Bedenklichkeiten und keine Befürchtungen, sondern nur ein Gebot: Gerechtigkeit für alle.

Die Vertreter der Nationalversammlung wurden Sonntag abend zu einer Versammlung eingeladen, in der die elsaß-lothringischen Delegierten ihren Protest gegen das Vorgehen Frankreichs in Elsaß-Lothringen, gegen die Verhinderung der Nationalversammlungswahl, gegen die von Pariser Zeitungen geforderte Verhinderung der endgültigen Abstimmung und vor allem auch gegen die unrechtmäßige und gewalttätige Abschiebung von Alt-Elsässern und deutschen Bewohnern des Elsaß vorbrachten.

Einheit oder Untergang.

Georg Bernhard schreibt in der „Voss. Ztg.": Es ist sicher richtig, daß sich in Deutschland schwere Umwälzungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur vollzogen haben. Aber es ist sicher auch ebenso richtig, daß die Tragweite dieser Umwälzungen und die Verpflichtungen, die aus ihnen entspringen, durchaus nicht von allen erfaßt werden, die berufen sind, an der Neugestaltung des Reiches politisch mitzuwirken. Am meisten gilt das von den Mitgliedern des Staatenausschusses. Sie bilden ein ganz wunderbares Gemisch, das man jeden Tag an der Mittagstafel eines altbekannten Weimarer Hotels studieren kann. Da sitzen friedlich neben- und durcheinander die alten bundesstaatlichen Gesandten und die neuen sozialdemokratischen Minister der deutschen Freistaaten. Sie sind nach Weltanschauung und Parteiauffassung völlig verschieden, aber mit ganz wenigen Ausnahmen scheinen sie leider in dem einen Punkt völlig übereinzustimmen: Alle vertreten die Sonderinteressen der deutschen Freistaaten genau so zähe und mit genau den gleichen Argumenten, wie das früher die Vertreter der alten Bundesstaaten im alten Bundesrat taten. Es klingt märchenhaft, was in Weimar über die Verhandlungen im Staatenausschuß erzählt wird. Insbesondere scheint das von der radikalen Sozialdemokratie noch in so starkem Maße mitgeleitete Bayern auch heute noch wie in der alten Zeit zu fühlen, und die jetzige bayerische Sozialdemokratie setzt getreulich die Politik der früheren königlich bayerischen Sozialdemokraten fort. Zwischen ihrem ganz extremen Partikularismus und den Auffassungen des urbayerischen Demokraten Dr. Heim besteht nicht der geringste Unterschied. Und innerhalb gewisser Schattierungen gleichen sich die Vertreter der sämtlichen Freistaaten. Jeder von ihnen beansprucht Sonderrechte und erschwert nach Kräften das Zustandekommen der wirklichen deutschen Einheit.

In den Verhandlungen des Staatenausschusses rächt sich eben die Haltung der revolutionären Reichsregierung, der einzig und allein der Staatenausschuß ja seine Existenz verdankt. Die Reichsregierung hat aber anscheinend auch jetzt noch nicht ihren Fehler eingesehen. Denn sonst hätte sie in der Ausschuß-Verhandlung ganz andere Töne anschlagen müssen. Nach wie vor ist eben die Furcht die Maxime der deutschen Regierung. Genau so wie in den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission die Furcht vor dem Ausland regiert, so hindert die Furcht vor dem, was etwa von Seiten der Freistaaten geschehen könnte, die Regierung im Staatenausschuß, den Stier bei den Hörnern zu packen. Die Reichsregierung muß doch endlich erkennen, daß es nur zwei ganz konsequente Lösungen der deutschen Frage gibt. Ist sie bereit, den föderalistischen Neigungen der freistaatlichen Regierungen nachzugeben, dann muß sie das ganz radikal tun. Dann muß vor allem mindestens der Teil der Reichsschuld, der während des Krieges aufgenommen ist, auf die einzelnen Freistaaten verteilt und von diesen in vollem Umfange übern

nommen werden. Dann müssen die Freistaaten auch ihre Finanzhoheit behalten und einmal selbst zusehen, wie sie mit ihrer Finanzwirtschaft auskommen. Wahrscheinlich ist der größte Teil von ihnen dann bankrott, zumal bei den heutigen Löhnen und Arbeitsverhältnissen alle Staatsbetriebe erhebliche Defizits aufweisen, und vermutlich würde diese Konsequenz sämtliche Freistaaten erschrecken. Aber sie zeigt eben, daß es zwar theoretisch zwei Möglichkeiten der Lösung der deutschen Frage gibt: Die föderalistische und die unitarische. Praktisch aber kann es nur eine geben: die unitarische.

Wären die Bundesstaaten mehr oder weniger sich selbst überlassen, so gingen sie alle und mit ihnen ganz Deutschland zu Grunde, denn nur ein einheitliches Reich kann die deutsche Macht wieder aufbauen, die deutsche Wirtschaft neu regeln und die materielle Grundlage für das kulturelle Wohlergehen der einzelnen deutschen Stämme schaffen. Man darf auch nicht vergessen, daß es sich diesmal nicht bloß um eine politische Neukonstruktion des Reichsbaues handelt, vielmehr muß der ganze sozialwirtschaftliche Unterbau völlig neu geformt werden. Eine Staatswirtschaft, wie sie niemals bisher vorhanden war, ist nach ganz neuen Prinzipien zu formen, und solche einheitliche Regelung alles wirtschaftlichen Geschehens kann nur wirksam werden, wenn sie das gesamte Reichsgebiet zur Grundlage hat. Deshalb gibt es für die Regierungen der deutschen Freistaaten nur die ganz klare Alternative: ob sie aus dem Reich ausscheiden oder im Reich aufgehen wollen. Das Ausscheiden aus dem Reich bedeutet den Untergang der Freistaaten und des Reiches. Und gerade Bayern mag sich gesagt sein lassen, daß es außerhalb des Reiches, selbst wenn sich alle seine Aspirationen auf Angliederung der Nachbar-Gebiete erfüllen würden, zum Staatsbankrott und zur wirtschaftlichen Verelendung verurteilt ist. Nur das Aufgehen der Einzelstaaten im Reich garantiert ihnen ihre Fortexistenz und die Aussicht, daß ihre Bürger mit dem Gesamtreich wieder erstarken.

Was die Regierungen der Einzelstaaten im Staatenausschuß verhandeln, ist die Sache des gesamten deutschen Volkes. Ueber sie können nicht ein paar Bureaukraten und eine Handvoll ins Bureaukratische hineingewachsene Sozialisten entscheiden. Die Entscheidung über die Schicksalsfrage des Deutschen Reiches und damit des deutschen Volkes liegt vielmehr in der Hand der deutschen Nationalversammlung. Es kommt darauf an, daß die Abgeordneten und die Parteien der Nationalversammlung, dieser einzigen souveränen Repräsentantin des gesamten deutschen Volkes, sich der Schwere ihrer Verantwortung und der Größe des zu lösenden Problems klar bewußt sind. In diese Versammlung haben die Abgeordneten, wenn man von der unabhängigen Sozialdemokratie absieht, in fünf Fraktionen geteilt, ihren Einzug gehalten. Die Unterschiede zwischen den Parteien und damit den Fraktionen, sind viel geringer geworden, als sie vor der Revolution im alten Reichstag waren. Die Tatsache der Revolution, die Tatsache der unwiderruflichen Einführung demokratischer Staatsgrundsätze haben wesentliche Kampfpunkte ausgetilgt.

Wenn der Kampf um die Mandate zur Nationalversammlung vielfach besonders scharfe Formen angenommen hat, so gerade deshalb, weil die meisten Parteien sich gegenseitig sachlich gar nicht bekämpfen konnten. Man hat vielfach künstliche Gegensätze geschaffen, um vor den Wählern einen Wahltanz aufführen zu können. Und der einsichtige Beobachter der politischen Tagesereignisse hat eigentlich von Anfang an angenommen, daß die eigentliche Parteibildung und Fraktionsgruppierung sich erst in der Nationalversammlung selbst ergeben werde. Daß diese Voraussetzung richtig war, beweist schon jetzt, daß Mehrheitssozialdemokratie, bürgerliche Demokraten und Zentrum grundsätzlich geneigt sind, den Regierungsblock zu bilden, obwohl fast durchweg im Wahlkampf das Zentrum mit den rechtsstehenden Parteien seine Listen verbunden und mehrfach sogar gemeinsame Listen mit ihnen aufgestellt hat. Auch der während der Wahl stark betonte Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialdemokratie erweist sich damit als durchaus nicht unüberwindlich. Tatsächlich fließen die Gegensätze ineinander über. Nicht bloß etwa zwischen der Weltanschauung einiger sozialdemokratischer Abgeordneter und mancher bürgerlichen Demokraten. Sondern: Wo ist im Grunde genommen in allen praktischen Fragen der tiefgehende Gegensatz zwischen dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und dem Zentrumsarbeiter, zwischen dem Leiter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und seinem Arbeiterkollegen in der Sozialdemokratie? Die harte Not des Kriegsverlustes und der bittere Zwang für das Reich selbst, für die Arbeiter Arbeit zu schaffen, wird zudem alle Parteien gemeinsam dazu führen, Maßnahmen zu billigen und Gesetzen zuzustimmen, die früher als ungeheuer revolutionär und staatsverderblich galten. In Wirklichkeit gibt es heute überhaupt nur eine einzige Frage, die das Streiten lohnt. Das ist die Erhaltung des Reichs. Und diese Frage allein ist auch wert, eine Scheidung der Geister herbeizuführen. Hier muß sie allerdings auch erfolgen, und zwar je schneller und je schärfer, desto besser. Durch sämtliche Parteien der Nationalversammlung — durch die bürgerlichen und die proletarischen — geht ein großer Riß. Auf der einen Seite sitzen die Unitarier, auf der anderen die Föderalisten. Die einen sind die Reichserhalter, die anderen die Reichszerstörer, ganz gleichgültig, wie sie sonst in allen Fragen der Weltanschauung immer stehen mögen. Ueber die alten Fraktionsverbände hinweg schlingt sich um die Angehörigen dieser beiden Gruppen das einigende Band. Und man kann in diese interfraktionelle Einigung ganz getrost auch die unabhängigen Sozialdemokraten hineinrechnen. Das Kautskysche Aktionsprogramm unterscheidet sich von den praktischen Leitsätzen der Mehrheitssozialdemokratie genau so wie von den Forderungen, die die industriellen Verbände aufgestellt haben. Ueberall zeigt sich der Drang, auf wirtschaftlichem Gebiet trotz aller theoretischen Gegensätze etwas Gemeinsames, Praktisches zu schaffen. Aber die Frage ist eben, ob diese gemeinsame, praktische Tat überhaupt wirksam werden kann, weil das einzige, was noch unsicher ist, die unerläßliche Voraussetzung dafür sein muß: das einige und einzige Deutsche Reich.

Die Gefahr, daß die deutsche Einigkeit im Fraktionsstreit und durch die unrevolutionäre partikularistische Gesinnung einiger Regierungsbureaukraten zuschanden wird, ist riesengroß. Die Unitarier innerhalb aller Fraktionen müssen sich zusammenfinden. Das ist das ernsteste Gebot der Stunde. Und es fragt sich überhaupt, ob gegenüber dem Ernst dieser Aufgabe nicht der Gegensatz zwischen den meisten Fraktionen höchst gleichgültig geworden ist. Ja, es fragt sich sogar, ob gegenüber dem Gegensatz zwischen Unitarismus und Föderalismus die alten Fraktionsverbände noch stark genug sind, um zusammenzuhalten. Sicher werden bei der theoretischen Musterveranlagung der Deutschen noch immer ein paar Leute auf ihren Schein bestehen wollen. Die Führer werden vielfach um ihre Prinzipien bangen. Aber der Gegensatz in der wichtigsten Lebensfrage des Reiches ist so groß, und dieser Gegensatz schafft so viele Konsequenzen, daß dem deutschen Volke hier zum ersten Male nach der Revolution ein großes parteibildendes Prinzip geschenkt worden ist, ein Prinzip, das einstmals den beiden großen amerikanischen Parteien den Lebensodem einhauchte. Auch für das Schicksal des deutschen Volkes ist heute nur noch dieser Gegensatz wesentlich. Denn von der Entscheidung, die in dieser wichtigsten aller Fragen erfolgen wird, hängt des Reiches Zukunft ab. Es bleibt eben nur die Wahl: Einigkeit oder Untergang.

Scharfe französische Sprache gegen Weimar.

Genf, 10. Februar. (Tekunion.) Die Sitzung des Versailler Obersten Kriegsrates am 7. Februar beschäftigt sich hauptsächlich mit den Bedingungen für die dritte Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Pariser Presse spricht sich für die unnachsichtliche Durchführung der Deutschland aufzulegenden Bedingungen aus. In Deutschland müsse man endlich wissen, woran man mit den Verbündeten sei. „Journal des Debats" bemerkt, die Weimarer Nationalversammlung erwecke nicht den Eindruck, daß Deutschland sich vernichtet fühle. Sache der Verbündeten sei es, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht wieder das Haupt erhebe. In erster Linie müßten die Verbündeten von Deutschland die Räumung der polnischen Gebiete verlangen. (!) Danzig und Ostpreußen seien vorläufig von Verbündeten Truppen zu besetzen. Ferner müßten die Verbündeten von Deutschland die regelmäßige periodische Lieferung des in den früheren Waffenstillstandsverträgen geforderten Eisenbahnmaterials und der Maschinen erzwingen. Der Einwand, daß Deutschland dadurch versklavt werde, sei nicht stichhaltig. Für das deutsche Volk sei die Zwangsarbeit durchaus gerechtfertigt. Das Blatt schlägt die Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vor, das ausschließlich für Frankreich zu arbeiten habe. — Während der Sitzung der Kammer am Donnerstag ereignete sich ein Zwischenfall. Von den mit Soldaten besetzten Tribünen fiel auf die Deputierten ein Regen von Flugschriften nieder, in denen Brot und Arbeit für die Arbeitslosen gefordert wurde. Die Flugschriften rühren vom Syndikat der Bahnarbeiter her. Der Präsident der Kammer Dechanel ordnete die Räumung der Tribünen an.

Die Lebensmittel für Deutschland.

Berlin, 9. Februar. (W. T. B.) Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln nach Deutschland ist am 8. Februar in Spaa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär v. Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsstellen, Vertrauensmänner des Handels und der Aerzte teilgenommen.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender: Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschland bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fette und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferung nicht besteht.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Deutschland und seine Feinde.

Berlin, 11. Februar. Graf Brockdorff-Rantzau nimmt in einer Note an die Alliierten mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Mächte eine Kommission nach Polen senden wollen, die bevollmächtigt ist, dort nach Möglichkeit jede Unordnung zu beseitigen und die polnischen Behörden zur Abstandnahme von jeder Gewaltansetzung gegen die deutschen Streitkräfte zu veranlassen. Zum Schluß der Note heißt es: Ueber die endgültige Zugehörigkeit der Gebiete, die der Marschall Foch als deutsches Polen bezeichnet, wird erst der Friedensvertrag entscheiden. Bis dahin lehnt Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab.

Eine deutschfeindliche Rede Karolyis.

Budapest, 10. Februar. In der konstituierenden Sitzung des Senats für Arbeiterwesen hielt der provisorische Präsident der Republik Karolyi eine Rede, in der er u. a. sagte: „Der viereinhalbjährige Krieg hat jene bösen Elemente entlarvt, die den Weltkrieg verursacht haben. In Bern und Paris wird jetzt die Frage aufgeworfen, wen die Verantwortung treffe. Auch ich trete mit der ganzen Kraft dafür ein, daß diese Frage geklärt werden müsse. Wir wollen wissen, welche Länder und welche Personen für den Ausbruch des Krieges, für die in Frankreich, Belgien und Serbien verursachte Barbarei verantwortlich sind, wer verantwortlich ist für den unbeschränkten Tauchboot-Krieg, für den unmenschlichen Luftkrieg und für die Benutzung tödlicher Gase. Ich und meine Genossen haben ein um so größeres Recht, eine Klärung dieser Fragen zu fordern, als ich erhobenen Hauptes erklären kann, daß ich niemals ein Wort für die Fortsetzung des Krieges und im Interesse der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland gesprochen und geschrieben habe. Ich vertraue den pazifistischen Ideen des Präsidenten Wilson und glaube nicht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten gestatten wird, daß an Stelle des Friedens eine Strafexpedition in die besiegten Länder entsendet wird. Ich bin fest überzeugt, daß binnen kurzer Zeit die uns umgebenden kleinen Staaten einsehen werden, daß eine Beutepolitik auch nicht in ihrem Interesse gelegen sein kann. Schon während des Balkankrieges habe ich mich in Budapest und Wien bei den Beratungen der Delegation dafür eingesetzt, daß die Monarchie und Deutschland Serbien nicht erdrosseln. Ich und meine Freunde von der damaligen Unabhängigkeitspartei sind stets dafür eingetreten, daß Serbien einen freien Zugang zum Meere erhalte."

Hierzu schreibt die „Voss. Ztg.":

Es ist nicht das erste Mal, daß Karolyi Hetzreden ähnlicher Tonart gegen Deutschland schleudert. Er ist in dem anscheinend unausrottbaren Irrwahn befangen, dadurch, daß er Deutschland vor aller Oeffentlichkeit die Schuld an dem Weltkriege aufbürdet, die Entente für sich und sein Land günstiger zu stimmen. Eine ganze Reihe gegenteiliger Erfahrungen sollte ihn eines bessern belehrt haben. Die Feinde haben auf derartige plumpe Einfangungsversuche in keiner Weise reagiert. Sie sind den Tschechen, Rumänen und Serben, die ein Stück ungarischen Landes nach dem andern besetzen, mit keinem Wort, mit keiner Maßnahme entgegengetreten. Auch sie haben offenbar eine klare Empfindung für die — gelinde gesagt — unvornehme Denkungsart, der solche Aeußerungen (und, nebenbei bemerkt, auch das Verhalten Karolyis gegenüber Mackensen) entspringen.

Zur Bekämpfung der Polengefahr.

Thorn, 9. Februar. Die Stadtverordneten in Bromberg beschlossen, für die Truppen, welche erfolgreich die Bromberg bedrohende Polengefahr bekämpfen, eine Treuprämie von 300 000 M. auszuwerfen und an die Nationalversammlung in Weimar eine telegraphische Mitteilung über die Polengefahr für Bromberg zu richten.

Die Polonisierung Ost-, Westpreußens und Pommerns.

Thorn, 10. Februar. Der polnische Kommandant von Hohensalza hat den deutschen Einwohnern befohlen, die Namen ihrer Söhne und Verwandten beim deutschen Grenzschutz dem polnischen Kommandanten anzugeben und diese Verwandten aufzufordern, sofort aus dem deutschen Grenzschutz auszutreten. Bei Nichtbefolgung werden 1000 Mark Geldstrafe verhängt. Sollten die Verwandten nicht aus dem Grenzschutz austreten, so würden die Deutschen in Hohensalza noch strenger bestraft. In Ottlotschin, südlich Thorn, dicht an der polnischen Grenze, wurden zwei Einwohner, Vater und Sohn, verhaftet, weil sie eine geheime Telephonleitung über die Grenze gelegt hatten. Die Polonisierung West-Ostpreußens und Pommerns wird lebhaft betrieben. Leiter ist Justizrat Laszewski in Graudenz. Polnische Agenten, die ein Tagegeld von 50 Mark erhalten, sprechen in der Eisenbahn, auf der Straße, in Versammlungen für den Anschluß an Polen. Sie haben Legitimationen vom polnischen Volksrat Danzig und sollen angeblich nur die polnische Bevölkerung beruhigen. In Graudenz fand eine Versammlung aller Finanzkommissionen der polnischen Volksräte West- und Ostpreußens sowie Pommerns statt. Auf der Tagesordnung standen die Kommunalwahlen.

Nach aus Posen hierher gelangten Nachrichten wird aus der Provinz Posen sämtliches Heeresgerät, Waffen, Munition und Rohstoffe nach Warschau transportiert, weil man einen konzentrischen deutschen Angriff auf die Provinz Posen befürchtet. In der Stadt Posen fand auf dem Wilhelmsplatz ein Festgottesdienst und die Vereidigung polnischer Soldaten auf das polnische Vaterland statt. Korfanty und General Dowbor Musnicki hielten Ansprachen. Ueber einen deutsch-polnischen Waffenstillstand ist hier Authentisches nicht bekannt. „Gazeta Ludowa" verspottet Hindenburg: „Die Deutschen setzen große Hoffnung auf Hindenburg, wie schon immer. Auf Hindenburg, der solche Prügel bekommen hat, daß er die Lust am Kriegführen verlor und ins Kloster gehen will. Jetzt soll dieser fast Mönch gewordene Hindenburg alles ungeschehen machen, was die Polen mit ihrer Energie in der Provinz Posen erreicht haben. Wir Polen sind keine Russen. Wir ergeben uns nicht wie die Russen, die zuletzt sogar ein Weib besiegen konnte."

Offensive der Polen.

Schneidemühl, 10. Februar. Wie der „Telegraphen-Union" mitgeteilt wird, haben die Polen an der Front zwischen Schneidemühl und Thorn mit der Artillerietätigkeit eingesetzt. Sie konzentrieren ihre Hauptkräfte zwischen Schubin und Bromberg. Ihre Hauptkräfte machen den Versuch eines Durchbruches nach Westpreußen.

145 Jahre Zuchthaus.

Berlin, 10. Februar. Wegen Hochverrats und Widerstandes gegen die bewaffnete Macht hatten sich einem Privattelegramm des „Berl. Tageblatts" aus Bromberg zufolge vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustandes 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen bei Grünthal und Hopfengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 145 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten behaupten, mit Gewalt in das polnische Heer eingestellt und zum Kampf gegen die Deutschen gezwungen worden zu sein.

Stadt und Land.

Köslin, 11. Februar.

Prüfung am Gymnasium. Die Einjährigen-Prüfung bestand am hiesigen Gymnasium Otto Melchert, Lehrling bei den Kösliner Industriewerken.

Andauernd Einbrüche und Diebereien. In Roggow wurden einer armen Kriegerwitwe namens Wiemer gestern vormittag in der zehnten Stunde, während die Frau im Walde war, 600 Mark aus einer Kommode gestohlen. Der Einbrecher hat ein Fenster eingedrückt und ist dadurch in die Wohnung gelangt. Er ist noch nicht ermittelt, doch lenkt sich der Verdacht auf eine bestimmte Person. — Roggower Allee 23 wurden bei Frau v. Alten vier braune Kaninchen aus einem verschlossenen Stall gestohlen. Roggower Allee 63 wurde gestern abend in der achten Stunde von zwei Personen in Militäruniform ein Einbruch in die Privatwohnung des kürzlich bestohlenen Kaufmanns Albrecht, Hohetorstraße, verübt. Die Einbrecher hatten niemand in der Wohnung vermutet, doch wurden sie durch anwesende Personen verscheucht.

Kaninchen-Ausstellung. Es erhielten: Ehrenpreise: B. R.: Berndt (2), D. R. Sch.: E. Kl. J. V. von Gruben (2), W. R.: Saß, Ducherow, von Fuchs, Grimm, Stern, Schneider, Blankenburg, Fr. S.: E. Kl. J. V. (2), Bl. W.: Lemke, E. Kl. J. V. (2), Modigell, Schneider, Otto, Lüdtke, R.: Berndt, Herm.: Köpke, Berndt, Teske. 1. Preis: B. R.: Berndt, W. R.: Bock, Hackbarth, Saß, Lange, E. Kl. J. V., Friederich, Blankenburg, Fr. R. S.: Münchow, J.: Vanselow, Bl. W.: March, Kandler, Baumann, Emil, Häger, Lüdtke, Saß, Schroeter, Modigell, Herm.: Köpke, Teske, 2. Preis: Herm.: Teske, Berndt, Bulgrin, B. R., von Gruben, Walter Wolk, W. R.: Berndt, Bock, Stern: Scheunemann, Herm., Behrendt, Otto, Saß, Ducherow, Spiedt, Bulgrin, Fr. R. S.: E. Kl. J. V., Helm, Noerenberg, J.: Vanselow, Kan.-Z.-Ver., Bl. W.: E. Kl. J. V., Friederich, Häger, March, Döring, Zamow, Gr. S.: von Gruben, R.: Panten, E. Sch.: Boesel, Berndt. 3. Preis: W. R.: Bogislawski, Stock, Stern, Damitz, Lemke, E. Kl. J. V., J.: Vanselow, Bl. W.: Bock, E. Kl. J. V., March, Fibranz, Hv.: Köpke, Siebert, Schroeter, Gr. S.: Schulze, R.: Berndt, Erich Post, Schw. L. Harnitz, Herm.: Teske. Lob. Anerkennung: B. R.: Münchow, Kropp, Görl, B. L.: Kropp, W. R.: Baumann, Stock, von Fuchs, E. Kl. J. V., Stern, Fr. W.: Konsalik, Kropp, Fr. R. S.: Kan.-Z.-Verein, Czerminski, A.: Kandler, Bl. W.: Döring, Schroeter, Maudanz, Pleger, Behrendt, Karsten, Wolter, Helm, Zamow, Baumann, Hugo, H.: Wollenschläger, Stern, Gr. S.: Knop, Holl.: Knop, R.: Köpke, Panten, Berndt, Schw. L.: Noerenberg, Harnitz, Berndt, Bl. L.: Spiedt, Herm.: Teske, Karsten.

Versammlung von Frauen und Angehörigen von Kriegsgefangenen, am 7. Februar 1919 bei Lüdtke. Herr 1. Bürgermeister Dr. Pusch eröffnete 6,5 Uhr die Versammlung durch Begrüßung der Erschienenen. Seine Worte klangen aus in die Bitte, einen Ortsausschuß des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu bilden und sich den Satzungen des Volksbundes anzuschließen. Hierauf erteilte Herr Dr. Pusch Herrn Roeßler das Wort. Dieser sprach über seine Gefangenenschicksale in Deutsch-Ostafrika. Er ging über auf die Entstehung des Volksbundes. Herr Dr. Pusch dankte dem Redner. Hierauf sprach Herr Lange an Hand seiner Gefangenenleiden in England, im besonderen über das Seelenleiden eines Gefangenen. Er machte auf die Notwendigkeit des Volksbundes und des Werbens von Personen und Geld für denselben aufmerksam. Hierauf forderte Herr Dr. Pusch zur Ortsgruppenbildung auf. Durch ausnahmsloses Erheben wurde die Ortsgruppe gebildet. Er verlas sodann die Satzungen des Volksbundes, die ohne Gegenstimme angenommen wurden. Hierauf machte er die Vorstandsvorschläge. Einstimmig wurden in den Vorstand gewählt: die Herren Roeßler als Vorsitzender, Rosenfeld als Geschäftsführer, Magdalinski als Kassenführer. Als Vertreter des Vorsitzenden wurde Herr Hutzel und als Vertreter des Geschäftsführers Fräulein Riemer gewählt. Darauf wurde die durch Herrn Dr. Pusch verlesene Entschließung zur Protestwoche einstimmig angenommen. Mit Dank für die Bildung der Ortsgruppe schloß er die Versammlung. Die Herren des Vorstandes werden gleichzeitig die Geschäfte der Bezirksgruppe führen. Durch freiwillige Beiträge wurde an diesem Abend ein Betrag von 770 Mark aufgebracht.

Lustbarkeitssteuer. Für alle im Gemeindebezirk der Stadt Köslin stattfindenden öffentlichen Lustbarkeiten — Tanz, Theater, Konzerte, Vorträge — ist eine Lustbarkeitssteuer zu entrichten.

Wer eine öffentliche Lustbarkeit zu veranstalten gedenkt, hat seine Absicht vor Beginn der Lustbarkeit (unabhängig von der polizeilichen Anmeldung der Lustbarkeit) dem Magistrat, — Rathaus — Zimmer 15 — mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Die Steuer ist vor Beginn der Lustbarkeit zu entrichten.

Für die Zahlung der Steuer haften die Veranstalter der Lustbarkeit und falls diese in einem geschlossenen Raum stattfindet, der Besitzer des letzteren als Gesamtschuldner.

Zu den öffentlichen Lustbarkeiten rechnen auch Lustbarkeiten, die veranstaltet werden von Gesellschaften oder Vereinen, mag es sich um geschlossene Gesellschaften oder Vereine oder um solche handeln, die zur Veranstaltung der Lustbarkeit besonders gebildet sind.

Kurzschluß. Am Freitag früh 4 Uhr brannte der Transformator in Mühlenwerke Borkenhagen, Herrn Wolff gehörend, durch Kurzschluß nieder. Der Obermüller Mirkley wurde durch den Feuerschein geweckt, alarmierte die nächsten Nachbarn, und durch deren schnelles Erscheinen gelang es mit Mühe, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Bewundernswert ist, daß die Mühle nicht ein Raub der Flammen wurde, und daß mit der verbundenen großen Lebensgefahr nicht Menschen bei der Löscharbeit zum Opfer gefallen sind.

Eingesandt.

Für Mitteilungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zu dem Eingesandt des Herrn Ratzlaff in der letzten Sonnabend-Nummer der „Kösl. Ztg." möchte ich noch einige Worte erwidern. Warum schreibt und teilt der Verfasser des Eingesandts nicht mit, wie es kommt, daß, trotz des Fungierens des A.- u. S.-Rats, die Reaktion immer noch in Köslin die Gewalt in den Händen hat? Denn, daß Sie dieselbe immer noch hat, weiß jeder. Dann: die „segensreiche Tätigkeit" des A.- u. S.-Rats! Diese bemerkt man ja auch in unserer Stadt! Besonders bei den Aermsten der Stadt, die, wie vorher, auch jetzt noch in einer traurigen Lage sich befinden. Und, — was hat die „segensreiche Tätigkeit" mit Raub, Plünderung, Aufruhr zu tun? Meiner Meinung nach hat doch die wohlorganisierte Arbeiterschaft und die ruhige Art der hiesigen Bevölkerung den ganzen Anteil daran, daß es zu dem Vorhergesagten bis jetzt nicht gekommen ist. Und die kommende Versammlung, werter Herr Genosse Ratzlaff, wird es ja lehren, wer die Mehrheit hinter sich hat, ich oder Sie. Zuletzt wirft mir der Genosse Ratzlaff vor, ich hätte eine schlechte sozialistische Brüderlichkeit. — Jeder weitere Kommentar hierüber ist überflüssig; nur wenn Herr Ratzlaff soviel „sozialistische Brüderlichkeit" besäße wie ich, dann sähe es für Viele in unserer Stadt besser aus. E. H.

*

Bezugnehmend auf das Eingesandt in Nr. 32 dieses Blattes bezüglich des Arbeiter- und Soldatenrates Köslin möchte ich noch folgendes ergänzen: Da die Verwaltung der Stadt trotz der Herren A.- und S.-Räte doch lediglich in den Händen der alten Beamtenschaft liegt und geregelt wird, weil den A.- und S.-Räten die Kenntnisse dazu fehlen, dürfte sich doch der A.- und S.-Rat für Köslin ganz erübrigen und würde dadurch der Gemeinde viel Geld erspart. Denn durch die Gehälter usw. der Herren Räte wird die Schuldenlast der Stadt nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft enorm belastet und dadurch der Bürgerschaft und uns Arbeitern durch unnötige hohe Steuern das Geld direkt aus der Tasche — gezogen.

Könnte nicht auch dieses Geld, wenn es nun absolut weg muß, nützlicher verwandt werden, z. B. für Unterstützung unserer Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und Waisen usw.? Sollten nun die Herren A.- und S.-Räte glauben, unbedingt erforderlich zu sein, so wäre es doch für das Allgemeinwohl besser, wenn sie sich als unbesoldete Ehren-Räte mit ihren Kenntnissen der Kommunalverwaltung zur Verfügung stellten.

Ein Kriegsteilnehmer.

Kösliner Wetterbericht.

Februar	Barometer auf 41 m Seehöhe (mm)	Temperatur (C.)	Windrichtung u. Stärke 0—12	Bewölkung 0—10	Relative Feuchtigkeit %	Höchste Temperatur	Tiefste Temperatur
10. 2 Nm.	764.0	0.0	SzW 3	10	94		
10. 9 Abd.	761.2	0.4	SW 2	10	95	0.6	—2.0
11. 7 Mrg.	758.2	—0.6	W 4	10	98		

Druck und Verlag von C. G. Hendeß in Köslin. Für die Schriftleitung verantwortlich Dr. Richard Stehmann, Köslin, für den Anzeigenteil J. Hendeß, Köslin.

Bekanntmachung.

Nach der für die Stadtgemeinde Köslin gültigen Ordnung betr. Erhebung einer Steuer von Lustbarkeiten ist für alle im Gemeindebezirk der Stadt Köslin stattfindenden öffentlichen **Lustbarkeiten** — Tanz, Theater, Konzerte, Vorträge — eine Lustbarkeitssteuer zu entrichten.

Wer eine öffentliche Lustbarkeit zu veranstalten gedenkt, hat seine Absicht **vor Beginn** der Lustbarkeit (unabhängig von der polizeilichen Anmeldung der Lustbarkeit) dem Magistrat — Rathaus Zimmer Nr. 5 — mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Die Steuer ist **vor Beginn** der Lustbarkeit zu entrichten.

Für die Zahlung der Steuer haften die Veranstalter der Lustbarkeit und, falls diese in einem geschlossenen Raum stattfindet, der Besitzer des letzteren als Gesamtschuldner.

Zu den öffentlichen Lustbarkeiten rechnen auch Lustbarkeiten, die veranstaltet werden von Gesellschaften oder Vereinen, mag es sich um geschlossene Gesellschaften oder Vereine oder um solche handeln, die zur Verschaftung der Lustbarkeit besonders gebildet sind.

Köslin, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.

Holzverteilung.

Am Mittwoch, den 12. d. Mts., von 9—10 Uhr: Bismarckstraße,
" " " " " " 10—11 " Bergstraße,
" " " " " " 11—12 " Große Baustraße,
" " " " " " 12—1 " Kleine Baustraße.

Köslin, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ostern 1919 gelangen alle diejenigen Kinder zur Einschulung, die in der Zeit vom 1. Juli 1918 bis einschließlich 30. Juni 1919 das 6. Lebensjahr vollendet haben oder vollenden. Der Tag der Aufnahme wird noch bekannt gemacht. Eltern, die beabsichtigen, Kinder vor Beginn des schulpflichtigen Alters der Schule zu überweisen oder sie aus Gesundheitsrücksichten zurückstellen zu lassen, haben entsprechende Anträge bis spätestens Mitte Februar bei dem zuständigen Ortsschulinspektor (Rektor) zu stellen. Später eingehende Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Köslin, den 5. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt Nr. 5 der Brotaufstrichkarte des Kreises Köslin wird auf den Kopf der Bevölkerung am Sonnabend, den 22. Februar d. Js. ein halb Pfund **Marmelade** ausgegeben.

Die Abschnitte sind im Laufe der nächsten Woche dem Lebensmittelamt einzureichen.

Köslin, den 10. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt Nr. 6 der Brotaufstrichkarte der Stadt Köslin wird auf den Kopf der Bevölkerung am Sonnabend, den 15. Februar d. J., einhalb Pfund **Marmelade** in den hiesigen Geschäften verteilt.

Die Abschnitte sind spätestens bis Donnerstag abend bei den Kaufleuten abzugeben.

Letztere haben diese am Freitag vormittag dem Lebensmittelamt einzureichen.

Der Kleinhandelspreis für ein Pfund Marmelade ist auf 1 Mark festgesetzt.

Köslin, den 10. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der laufenden Woche — 5. Woche — werden auf den Kopf der Bevölkerung **fünfundsechzig** Gramm Butter ausgegeben.

Köslin, den 10. Februar 1919.

Der Magistrat.

Städtischer Fischverkauf.

Morgen Verkauf für diejenigen Personen der Bezirke 13 und 14, welche bisher zum 3. Male Fische nicht erhalten haben.

Köslin, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.

Großes Eckhaus

mit Auffahrt und großem Hof für Schlosserei, Schmiede oder Klempnerei sehr passend **sofort zu verkaufen.**

Näheres zu erfragen unt. **P. R. 164** bei der Exped. d. Ztg.

Bin willens meine

Wirtschaft

mit 30 Morgen zu verkaufen.
Ott, Karnkewitz.

Haus mit Garten zu verkaufen Gohrbanderweg 32. Näheres Ackerstr. 8.

Gute Geige

verkauft **Kütter,** Neuetorstr. 52, Hof, part. r.

Visitenkarten

als Geburtstags- und Konfirmationsgeschenke empfiehlt
C. G. Hendeß,
Buchdruckerei u. lith. Anstalt.

Ein neuer, dunkelblauer, nach Maß gearbeiteter

Ulster

ist preiswert zu verkaufen.
Näheres Gärtnerstr. 18, unten r.

Einsegnungshut f. Knaben
Eine Trittleiter
verk. Buchwaldstr. 8, ptr.

Reitpferd

zu verkaufen Rogz. Allee 13, II.

Eine Violine
mit Kasten und Stimmgabel zu verkaufen Quebbestr. 16, unt.

Einsegnungsjackett zu verk.
A. Kosanke, Rogzow.

Stiefel für kleineren Fuß verkäuflich Virchowstr. 10, II r.

Ein junges starkes

Arbeitspferd

verkauft
Frau Boldt, Krettmin.

Pflastersteine

hat abzugeben
Schaefer, Ingenieur
Buchwaldstr. 6.

Eleg. neuer **Gehrockanzug** für mittl. schlanke Figur, neue **Herren-Lederhandschuhe** m. Pelz, gefüttert, u. a. g. verk. Mühlentorstr. 2, II l.

1 Paar hohe **Stiefel** zu verkaufen Bergstr. 39, I.

Wohnhaus mit großer Werkstatt, welche sich für Tischlerei und andere Betriebe eignet, zu verkaufen. Auskunft erteilt **A. Lohauß.**

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Maschb.- u. Elektr. Ing. Werkm.-Abt.
Dir. Prof. Huppert

Stroh-Hüte

zum Pressen und färben, nehme schon jetzt entgegen, da ich später für pünktliche Lieferung nicht Sorge tragen kann. Neue Formen sind zur Wahl vorhanden.

Wilhelm Lopatka
Hohetorstr. 4.

Die Ratten und die Mäuse

verschwinden ganz und gar nach Anwendung von
Terro R-Rattenbazillus
Terro R-Mäusebazillus
Röhrchen M. 2,50
Unschädlich für Menschen und Haustiere.
Terro R-Schwabenpulver
M. 2,—
Machen Sie einen Versuch!
Generalvertreter für Pommern
Hans Reschen, Stettin-B
Augustastr. 7.
Bezirksvertreter überall gesucht.

Spiegelblank

werden Linoleum, Parkett, Treppen, Geländer, alte Möbel beim Gebrauch von
Dr. Gentner's Parkett- und Linoleumwachs

Roberin

garantiert wasserfreie, reine Oelwachs-Ware.

Hersteller, auch des so beliebten Oelwachsledervutzes Niarin: **Carl Gentner, Göppingen.**

Ein großes, noch gut erhaltenes **Wasch-Spülfaß** zu verkaufen
Ringstr. 20, I r.

Geldschrank

Fabrikat Arnheim zu verkaufen.
C. Waldemann.

Gut erhaltene Hobelbank nebst Tischler Handwerkszeug zu verkauf.
Tischler **Friedrich Scheel,**
Damerow Kreis Schlawe.

Knabenüberzieher schw. Anzug, zur Einsegn. passend, Sessel (Großvaterstuhl) zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

1 eleganter, schwarzer **Gehrock** und Weste für schlanke Figur, und **1 Sommerpaletot** zu verkaufen.
Gerecke, Hohetorstr. 27.

800 Stck. erstkl. Stickstangen sowie 150 m gutes Knüppelholz verkauft
Post, Bublitzerstr. 15.

Ein Küchenspind

und ein nußbaum **Bettstelle** (neu) zu verkaufen
Mühlentorstr. 28, I l.

Ein fast neuer **Frack mit Weste** zu verkaufen
Danzigerstr. 24, II l.

Ein neuer Ulster

gut gearbeitet, Gr. 170, Friedensware, und 2 Paar **Damen-Schuhe** zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Herrenjoppe
kleine Figur, preiswert zu verkaufen.
Treptow, Annenstr. 20.

Getragener, grauer
Herren-Paletot
zu verkaufen Quebbestr. 16, ptr. l.

Wohnung

7 Zimmer
gesucht. Danziger Chaussee bevorzugt. Angeb. an **Hotel Kronprinz.**

3–4-Zimmerwohnung

zum 1. April oder früher gesucht.
Krüger & Oberbeck.

Wohnung

von 6 Zimmern, nebst Zubeh. zum 1. 4. cr. oder spät. gesucht.
Offert. unt. **2599** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Bureauräume

gesucht zum 1. April oder später. 3—4 Zimmer. Angeb. unt. **2475** an die Kösl. Zeitung.

Wohnung

von 7—8 Zimmern, sofort oder spät. ges. Angeb. unt. **2899** an die Kösliner Zeitung.

Dame sucht **möbliertes Zimmer.** Angebote unter **A. N.** an die Geschäftsstelle der Kösliner Zeitung.

Möbl. Zimmer

womögl. mit Verpflegung in gutem Hause von Beamten sofort gesucht. Angeb. unt. **3076** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Ein, auch zwei

möbl. Zimmer

(2 Betten) **gesucht.** Angeb. unter **K. 235** an die Kösl. Ztg. erbeten.

Möbl. Zimmer

in bess. Hause, von einem Herrn gesucht. Gefl. Offerten an d. Geschäftsstelle unt. **3031** d. Ztg.

Möbl. Zimmer

für jungen Mann Nähe Markt gesucht. Gefl. Angebote an
Otto Köpke, Mühlentorstr. 16.

2 möbl. Zimmer

evtl. mit Küche, per sofort gesucht. Angeb. unt. **3019** an d. Kösliner Zeitung.

Möbl. Zimmer

mögl. Wohn- und Schlafzimmer, sofort gesucht. Angeb. unt. **3035** an an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Möbliertes Zimmer zu vermiet. Zu erfragen Fabrikstr. 35, u. r.

Möbl. Zimmer zu vermieten
Junkerstr. 18, unt. l.

Einige gute

Zuchtkaninchen

aller Rassen sind von Ausstellern nachträglich gemeldet.
Auskunft erteilt:

Die Ausstellungsleitung.
Köpke,
Eisenbahnstraße 10.

Meine Reparaturwerkstatt

ist bedeutend vergrößert und nehme ich Reparaturen von Uhren jeder Art an. Gleichzeitig bringe ich mein **großes Lager von Uhren und Goldwaren** in empfehlende Erinnerung. Spezialität: **Gold. Trauring** 0,333, 0,585 u. 0,900 gestempelt.

Vom 1. März ab befindet sich mein Geschäft **Neuetorstr. 5.**

Otto Köpke, Mühlentorstraße 16.

Der sehr beliebte

Kochkäse

wieder vorrätig, sehr pikant im Geschmack empfiehlt
Hans Schöneberndt
Hohetorstr. 8.

Kolberg 1807 | **Kolberg 1807**

Pommersche Kameraden!

Ihr alten Kolbergschen Grenadiere, Ihr alten Angehörigen der **Reserve- und Landwehrregimenter Nr. 9.** Der Ruf des Regiments, dessen Führung ich übernommen habe, geht an Euch.

Wir gebrauchen gediente Soldaten!

gleich welcher früheren Truppenzugehörigkeit, jeglichen Alters, mit Gewehr, am M.-G. oder Minenwerfer ausgebildet, Fahrer, Handwerker, mit guter Gesinnung für die Regierung, die ihre Soldaten-Ehre nicht vergessen haben und Ordnung und militärische Disziplin hochhalten.

Die bolschewistischen Armeen nähern sich unseren Grenzen, die Polen rauben uns deutsches Land, nur mit Mühe hält unser schwacher Grenzschutz stand.

Helft Euren Kameraden da draußen!

Bedingungen: Mobile Löhnung und tägliche Zulage von 5 Mark, freie Verpflegung und Unterkunft, Familien-Unterstützung, Versorgung usw., kurzfristiger Kündigungs-Termin.

Entlassungs-Anzug möglichst mitbringen! Entschädigung für mitgebrachte Uniform!

Abzeichen der freiwilligen Grenadiere ist die weiße Granate auf beiden Kragenseiten!

Heraus, alte Frontsoldaten!

Meldet Euch
beim Kolbergschen Grenadier-Regiment Nr. 9
Stargard i. Pomm.
Kaserne, Stabsgebäude, Stube 37.

Freifahrtscheine bei der nächsten militärischen Dienststelle erbitten, Militärpapiere mitbringen.

Oberst Wobring
Kommandeur des
Kolbergschen Grenadier-Regiments Graf Gneisenau (2. Pomm.) Nr. 9.

Kolberg 1807 | **Kolberg 1807**

Die mobile Reservekompagnie 45, 45. Res.-Division Kurland

mit Baltenzulage

stellt gediente Unteroffiziere und Mannschaften, nur Pommern und Niederdeutsche, möglichst mit Sonderausbildung am schweren, leichten und Bergmannschen Gewehr und leichten Minenwerfer ein.

Außer der mobilen Löhnung wird 5.— Mark Tageszulage, 4 Mark täglich Baltenzulage und eine monatliche Treuprämie von 30 Mark, steigend von Monat zu Monat um 5 Mark gerechnet und angemessene Behandlung sowie sorgfältige Verpflegungswirtschaft zugesichert.

Verlangt wird jedoch unbedingter Gehorsam und bestes militärisches Benehmen, andernfalls erfolgt sofortige rücksichtslose Entfernung.

Freiwillige, mit Lust und Liebe auch zu schwerem Dienst (demnächst Vormarsch), melden sich sofort schriftlich oder mündlich beim **Pommerschen Pionieratbatl. Nr. 2, Stettin** und erhalten von dort Fahrschein und Ausrüstung.

Auch pommersche Offiziere, sofern sie 20—25 Mann mitbringen, werden eingestellt.

Backhusen, Kurland, den 3. Februar 1918.

Sander,
Oberst. u. Komp.-Führer.

RECHNUNGEN
MITTEILUNGEN
GESCHÄFTSBRIEFE
POSTKARTEN

liefert in bester Ausführung in Buchdruck und Lithographie, in ein- und mehrfarbigem Druck, die Buchdruckei und Lithographische Anstalt

C. G. HENDESS, KÖSLIN.

Pommersche Feldartilleristen.

Die augenblickliche Lage des Reiches ausnutzend, suchen die Polen Provinzen vom Deutschen Reiche loszulösen.

Pommern ist in Gefahr!
Helft Eure Heimat schützen!
Meldet Euch freiwillig in Belgard!

Kriegserprobte Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gleichgültig in welchem Regiment sie gedient haben, sind erwünscht. Volle Unterordnung unter militärischer Disziplin. Vertrauensrat, kein Soldatenrat.

Mobile Gebührnisse, Löhnung nach Dienstgraden mindestens 30 Mark monatlich, 5 Mark tägliche Zulage, Familienunterstützung nach den bisherigen Bestimmungen, 14tägige Kündigungsfrist, volle Verpflegung.

Meldung bei der
Meldestelle in der Artilleriekaserne des 1. pommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 2.

Ein Herren-Paletot
zu verkaufen Gerberstr. 7, unt. r.

Stubben- und Strauchholzverkauf.

Am Donnerstag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr, werden im Schutzbezirk Kluß, Jagen 71, an Ort und Stelle 138 rm Erlen-Stubben und 17 Haufen Erlen-Strauch meistbietend verkauft.

Köslin, den 10. Februar 1919.

Der Forstmeister.

Zur Reparatur von Uhren

aller Art empfiehlt sich
Otto Müller, Uhrmacher,
Mühlentorstr. 13.

Stoff-Farben

empfiehlt
J. Nowak, Drogerie.

Zigarren, Zigaretten Tabak rein, Weine

in großen und kleinen Posten verschiedener Preislagen liefert an Private und Händler (Rabatt).
Schröder, Berlin—Friedenau
Blankenbergstr. 9.
Man verlange Offerte.

ff. Magdeb. Sauerkraut
G. Moutoux.

Aufruf!

Ich lade die Kameraden, welche bei der Artillerie gedient haben und beabsichtigen, beim Freiwilligen-Grenzschutz Westpreußen einzutreten,

zum 13. Februar,
nachmittags 4 Uhr

nach dem Gasthause **Konikow** ein.

Auch Unteroffiziere aller Truppengattungen stellt das Detachement bei den Unteroffizier-Masch.-Gew.-Abteilungen ein.

Wendt
Vize-Wachtmeister und Freiwilligenwerber.

Lötzinn

gibt ab **Brüning,** Stettin,
Kronprinzenstr. 8.

Feinsten Tafelmostrich

empfiehlt
Fritz Weier Nachfl.

Suche Klavier

zu kaufen.
W. Küter, Neuetorstr. 52.

Masken-Kostüm

zu leihen gesucht. Angebote unter **R. H.** an die Kösliner Zeitung.

Lederne Aktenmappe

zu kaufen gesucht Neuetorstr. 45, I. r.

Ein neues oder noch gut erhaltenes **Vertiko** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **3031** an die Geschäftsstelle der Kösliner Zeitung.

Land-Gasthof

zu kaufen oder zu pachten gesucht. Angebote unter **B. K.** an die Geschäftsstelle der Kösliner Zeitung.

Eilt!

Kl. Landwirtschaft
ca. 8 Morg., kauft schnell entschlossener Selbstkäufer. Anz. bis 8000 Mk. Angebote an
Anton Wittkamp,
Karnkewitz bei Zanow.

Schaf-, Kalb-, Ziegen-, Rind-, Hasen- und Kaninfelle

sowie Dachs-, Fuchs-, Baum-, Steinmarder- und Iltisfelle sowie Roßhaare

kaufe zu Höchstpreisen.

Louis Preuss sen.
Neuetorstr. 24—26.

Suche sofort od. später kleine

Wassermühle

zu pachten evtl. zu kaufen. Angeb. unt. **Nr. 710** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

Gut erhaltenen **Kinderwagen,** auf Gummi, zu kaufen gesucht.
Böttcherstr. 7, I.

Gut erhaltener Jackettanzug zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter **2892** an die Geschäftsstelle der Kösliner Zeitung.

Kl. Kolonialwaren- oder Vorkostgeschäft

zu kaufen oder pachten gesucht. Eventuell auch Filiale. Angebote unter **P. L. 308** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ein blauer Filzschuh in der Bergstraße **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben bei
Kaufmann **Gersch,** am Markt.

Einen Schlittschuh

verloren. Gegen Belohn. abzugeben in der Kösl. Ztg.

Wer möchte noch in den Abendstunden am

Tanzunterricht

teilnehmen? Off. unter **E. P. 8** an die Kösl. Ztg.

M. 60 000

auf Hypothek gesucht durch
August Stieler Nachf.

10 000 Mark
sind zum 1. 4. 19 auf ein ländliches Grundstück auszuleihen. Zu erfr.
Bismarckstr. 11 u. I.

6000 Mark

auf sichere Hypothek zum 1. 4. oder sogleich auszuleihen. Näheres bei
Fritz Weier, Wilhelmstr. 21.

Geld gegen monatl. Rückz. verleiht
Maus, Hamburg 5.

Ihr erstes, gemütliches Beisammensein
mit nachfolgendem Tanzkränzchen
feiern heimgekehrte Gefreiten am Mittwoch, den 12. Febr. in Piepers Wintergarten.
Kameraden und Freunde werden hierzu gütigst eingeladen.
Anfang 7½ Uhr.
Das Festkomitee.

Anna Manzke geb. Gömer
Johannes Käding
Verlobte.
Köslin — Hohengünstow.

Weizengebäck.

Bei der neuen Ausgabe der Lebensmittelkarten für Weizengebäck machen wir die geehrte Einwohnerschaft von Köslin und Umgegend aufmerksam, daß Weizenbrot u. Semmel in allen Bäckereien zu haben sind.

Der Obermeister.

Strohhüte
zum Umpressen und Färben
Panamas
zum Waschen und Umpressen, werden angenommen.
Große moderne Formenwahl. Versand jeden Dienstag.
Sella Sommerfeldt.

Ab 15. d. M. ist mein
Konfitüren-Geschäft
wieder für dauernd geöffnet. Infolge Zuckerwarenknappheit bin ich genötigt, neben meinen Spezialartikeln auch
Lebensmittel
zu führen. Ich bitte die geehrten Herrschaften, mein Unternehmen auch hierin zu unterstützen, indem sie sich in die bei mir ausliegende Kundenliste eintragen lassen.
Hochachtungsvoll
Hans Thom.

Stangen-Kautabak
empfiehlt
Max Albrecht, Hohetorstr. 32.

Empfehle jedes Quantum
II. Delikateß-Sauerkohl
Pfund 33 Pfg.
Franz Bewersdorff
Bergstrasse 36.

Als Koch
empfiehlt sich bei Festessen, Familienfeierlichkeiten usw. Saubere, pünktliche Ausführung.
R. Hempel
Kl. Baustr. 25.
Früh. Küchenchef „Hotel Kronprinz".

Tanz-Unterricht
Die Eröffnung des Tanzkursus habe ich auf Freitag, den 14. Febr., abends 7 Uhr in Zels Festsäle festgesetzt.
Zur persönlichen Rücksprache der eingegangen sowie Entgegennahme weiterer Anmeldungen bin ich bereits am Donnerstag, den 13. Febr., vorm. von 10 Uhr ab im Hotel „Kronprinz" (Markt).
Hertha Bethmann
z. Zt. Stettin, Pölitzerstraße 5.

Hübscher Knabe
9 Jahre, ohne Entschädigung als eigen zu vergeben. Näheres durch Rechtsbureau, Berlin, Elsasserstr. 68.

15—20000 Mk.
zur Erweiterung eines gewinnbringenden Geschäfts gegen absolute Sicherstellung und 10% Zinsen gesucht.
Angebote erbitte unter **3067** an die Kösliner Zeitung.

5000 Mark
auf sichere Hypothek, sogleich oder zum 1. 4. 19 zu vergeben. Angeb. erbeten unt. **M. K. 29** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Skunksboa verloren.
Böttcherstr.—Bahnhof. Gegen Belohnung abzugeben bei
P. Vanselow, Böttcherstr. 27.

Warnung!
Habe in der Varchminer Feldmark zur Vertilgung von Raubzeug Gift gelegt.
Der Jagdpächter.

Warnung!
In der Feldmark Timmenhagen ist zur Vertilgung von Raubzeug Gift gelegt.
Der Jagdbesitzer.

Adreßbuch Köslin 1919
In dem unterzeichneten Verlage erschien soeben das **Kösliner Adreßbuch für 1919.**
Vorzugspreis für Köslin **3,50** M. Nach auswärts **4,50** M. postfrei gegen Nachnahme.
Verlag des Adreßbuches der Stadt Köslin
C. G. Hendeß, Köslin.

Wer erteilt jungem Mädchen
Unterricht in Schreibmaschine und Buchführung?
Angebote unter **E. 35** an die Geschäftsstelle der Köslinger Zeitung.

Heirat.
Junger Witwer, 30 Jahre alt, 3 Kinder, vermög., gute Wirtschaftssachen vorhanden, sucht mit Dame oder Witwe ohne Anhang in Briefwechsel zu treten zwecks Heirat. Meldungen zu richten unter **3054** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Da mich meine Frau böswillig verlassen hat, warne ich hiermit jedermann, ihr etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **Franz Ruz.**

Abiturient
erteilt Nachhilfestunden in Mathematik. Angebote unter **C. D. 146** an die Geschäftsstelle der Köslinger Zeitung.

Suche Stellung als
Wirtschaftsfrl.
oder Haushälterin, von 1. 3. oder später, in frauenlosem Haushalt. Bin bereits 2 Jahre Haushälterin in frauenlosem Haushalt gewesen und in allen Zweigen eines Gutshaushalts erfahren, bestes Zeugnis zur Verfügung.
Offerte bitte zu richten an Fräul. **Leokadia Kipkowski,** in Dritschmin, Kr. Schwetz Wstpr.

---

1 Schneidergesellen
sucht **Otto Manke,** Schwessin.

Schlosser- Schmiede- und Dreher-Lehrlinge
stellt ein
Hermann Loeck.

Lehrling
findet gewissenhafte Ausbildung in der
Drogerie Springer Inh. **P. Gerndt**
Hohetorstr. 17.

Gut Todenhagen-Amt
sucht zum 1. April
eine Familie mit zwei Hofgängern.
Fr. Rackow.

Kuhfütterer
sofort verlangt.
Försterei Buchwald.

Vorknecht
der noch einen zweiten Knecht stellen kann, zu sofort od. 1. April gesucht.
Silberhof b. Pollnow.

Sofort oder später suchen wir für unsere Papier- und Kontor-Utensilien-Handlung eine
Verkäuferin
aus der Papierbranche. Bewerbungen mit Zeugnisabschr., Bild u. Gehaltsanspr. erbeten an
A. Dittmann, G. m. b. H.
Bromberg.

Mehrere schreibgewandte
Damen
auch solche mit Schreibmaschine vertraut, werden gesucht. Damen, welche schon in militärischen Bureaus gearbeitet haben, werden bevorzugt. Es werden nur erste Kräfte eingestellt. Meldung in der neuen Kaserne, Zimmer 84/85.
Inf.-Rgt. 49.

Ehrliche, gewandte
Aufwärterin
bei guter Bezahlung gesucht.
Neuetorstr. 52, II l.

Suche zum 1. April für Berlin
Köchin
die auch Hausarbeit übernimmt, für kinderloses Ehepaar. Zu erfragen Danzigerstraße 3 bei **Frau Ilse Thomal.**

Suche 1. April einfache, tüchtige, nicht zu junge
Mamsell
unter meiner persönlichen Leitung. Erfahren im Einschlachten und Brotbacken. Zeugnis und Bild einsenden an
Frau von Eichel,
Dom. Gersin, Kr. Bublitz i. Pom.

Erfahrenes Hausmädchen
zum 1. 4. gesucht.
Frau Postdirektor **Schultz,**
Post, Eingang 5, II.

Suche für sofort
ältere einfache Stütze
womöglich vom Lande, die zu Kochen und Plätten versteht und auch einige Kenntnisse in der Milchwirtschaft und Geflügelzucht besitzt. Zeugnisse und Gehaltsansprüche an Oberförster **J. v. Boettcher,** Dom. Eckerndauß bei Köslin.

Ordentliches
Hausmädchen
sofort gesucht.
Pfarrhaus Großmöllen.

Suche zum 1. März oder 1. April ein **zweites**
Mädchen
welches sämtliche Haus- und Landarbeit verstehen muß.
Fr. **Anna Marx,** Gasthof Jamund

Aufwärterin
gesucht Bublitzerstr. 37, II, r.

Junges Mädchen
welches Lust hat die feine Binderei zu erlernen, kann sich melden
Hoppe's Blumenhalle.

Jüngeres Mädchen
(14—16) mögl. v. Lande, z. 1. April gesucht, **Bäckerei,** Rogz. Allee 19.

Zels' Gesellschaftshaus, Köslin i. Pom.
Kassenöffnung 7 Uhr — **Mittwoch, den 12. Februar 1919** — Anfang 8 Uhr

Ein Abend im Traumland
Vorführungen in der höheren Magie und Illusion.
Konkurrenzloses Großstadtprogramm! — Elegante Kostüme!
Hauptschlager! **Liberty!** Verblüffend!
Das indische Schlangenorakel.
Edgar Hellas, Illusionist
Preise der Plätze im Vorverkauf bei Bernhard Lange, Zigarren-Geschäft, Neuetorstraße:
Sperrsitz num. Mark 3, 1. Platz 2, 2. Platz 1. An der Abendkasse erhöhte Preise.
Nachmittags 4 Uhr, Eröffnung 3½ Uhr, **Große Schüler und Kinder-Vorstellung.**
Preise der Plätze: Mark, 1, 0,75, 0,50, 0,30. Karten hierzu nur an der Theaterkasse.
Geheizter Raum.

Konzertagentur Otto Grünthal, Köslin.
Donnerstag, den 13. Februar 1919
Anfang pünktlich 6 Uhr
Konzert
(19. Veranstaltung 1918/19)
Riedemann-Quartett.
Vortragsfolge: Haydn, Streichquartett G-dur op. 17 Nr. 5, Beethoven: Es-dur op. 74, Tschaikowsky: Streichquartett Es-moll op. 30.
Eintrittskarten Loge und Saal M. 3.50, Stehplatz (nur für Herren) M. 1.50, Schüler 1.00 im Vorverkauf Markt 21 und an der Abendkasse.

Kammerlichtspiele
Dienstag, den 11., bis Donnerstag, den 13. Februar 1919
Kassenöffnung ½8 Uhr, Beginn pünktlich 8 Uhr
Auf vielfachem Wunsch das höchst originelle phantastische Schauspiel von Karl Hulzor in 4 Akten
Triton, der Perlenkönig
Ein Meerungeheuer in einem eleganten Weltseebad.
Ne' verpuffte Hochzeitsnacht
Patentes Lustspiel in 3 Akten mit
Gertrud Hoffmann und **Oskar Linke.**
Vom 14. bis 17. Februar
2 Extraschlager mit Erstaufführung, Waldemar Psilander in
Der ewige Rausch
und Berlins größter Komiker **Henry Bender** in
Das blonde Vergnügen
Ein kapitales Lustspiel in 3 Akten.

Gollenturm.
Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr
Großes Nachmittagskonzert
Eintritt 50 Pf. — ausgeführt vom Städt. Orchester unter Leitung von Arthur Lipsch, Städt. Musikdirektor. — Eintritt 50 Pf.

Gesangverein „Harmonie".
Hauptversammlung
am Donnerstag, den 13. Februar 1919, abends 8½ Uhr bei Lüdtke
zu der sämtliche aktiven und passiven Mitglieder dringlich eingeladen werden.
Köslin, den 11. Februar 1919.
Der Vorstand.

Kirsch's Bürgergarten, Rogzow.
Mittwoch, den 12. d. M.
Große Unterhaltungsmusik.
Anfang 6 Uhr. Volle Musik vom Städt. Orchester. Anfang 6 Uhr.

Statt Karten.
Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unseres lieben teuren Entschlafenen
Helmuth Kolterjahn
spreche ich Allen, insbesondere Herrn Pastor Vanselow für seine trostreichen Worte, sowie dem Kriegerverein für seine letzte Ehrenbezeugung und für die zahlreichen Kranzspenden meinen herzlichsten Dank aus.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Wwe. Mathilde Kolterjahn.

Scharfer wachsamer Polizeihund oder Dogge
zu kaufen gesucht.
Max Albrecht, Hohetorstr. 32a.

Mühlenpicken
bekommen einen dauerhaften Schnitt durch meine abprobierte Härte und werden zum Schärfen wieder angenommen.
Ernst Woll,
Mühlentorstr. 45.

Panamahüte
erbitte zur Wäsche
Erich Görth
Fernsprecher 331.

Zum 1. 4. suche ich ein erfahrenes tüchtiges
Hausmädchen
das etwas kochen kann.
Frau Johanna Fritze,
Körlin a. Persante,
Maschinenfabrik.

Jung. Mädchen für den Vormittag
ges. Wo? sagt die Geschäftsstelle der Köslinger Zeitung.

Aufwärterin
für den Vormittag gesucht
Hohetorstr. 32 a, l.

Suche zu Ostern schulentlassenes
Mädchen
zur Hilfe in Kleintierpflege und Garten. **Lehmann,** Curow, Kr. Bublitz.

Ein Mädchen
zum 1. 4. gesucht.
Franz Jahn, Altbelz.

Zuverlässiges Mädchen
für kleinen Haushalt zum 1. 3. oder später sucht
Frau Elise Schulz,
Neuklenzerstr. 2.

Arbeiterfamilien
sucht **Koehn-Krettmin.**

Fleischer-Innung.
Zu der auf Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Hohetorstr. 2, 1, anberaumten
außerordentlichen
Generalvertretung
werden die geehrten Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.
Im Anschluß an die Innungs-Versammlung **Mittwoch 6 Uhr**
Fellgeldausgabe.

Krieger- und Landwehr-Verein Sorenbohm und Umgeg.
Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr
außerordentliche
Generalversammlung
im Hotel Jungbaus.
Alle Kameraden und heimgekehrten Krieger sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Hausfrauenverein.
Jahresversammlung
Mittwoch, den 12. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, im Klub.
Vortrag von Baronin von Stromberg über: Baltische Zustände.

Vorschuß-Verein zu Köslin
e. G. m. b. H.
Montag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, in unserem Geschäftslokale, Böttcherstraße 23,
Generalversammlung.
Tagesordnung:
Jahresbericht für 1918.
Verteilung des Reingewinnes.
Entlastungserteilung.
Wahl von Aufsichtsrats-Mitgliedern.
Der Geschäftsbericht für das Jahr 1918 liegt während der nächsten 8 Tage zur Einsicht für die Mitglieder im Kassenlokale aus.
Der Vorstand.
Groth. — Lange.

Anzeiger für Zanow.

Wahlverein Zanow.
Donnerstag, den 13. d. Mts. abends 7 Uhr
findet bei Herrn **Pomplun**
eine öffentliche Wählerversammlung
statt.
Referent: Genosse **Barisch.**